

PRESSEKONFERENZ DER FÉDÉRATION DES ARTISANS

Wie kommen die Handwerksunternehmen durch die Corona-Krise? Welche Herausforderungen stellen sich für die Zukunft und wie kann die Politik diesen wichtigen Wirtschaftssektor mit 8.000 Unternehmen und 90.000 Mitarbeitern angemessen begleiten. Dies waren die Fragestellungen, die die Verantwortlichen der Fédération des Artisans im Rahmen einer Pressekonferenz behandeln wollten.

Pandemie: Die Krise ist nicht vorbei, auch nicht für die Unternehmen

Im Kontext der Pandemie war es die Feststellung, dass die Unternehmen und ihre Mitarbeiter die sanitären Maßnahmen und Hygienekonzepte, die von den Fachverbänden erarbeitet wurden, konsequent umgesetzt haben, wodurch Ansteckungen im beruflichen Umfeld weitestgehend verhindert werden konnten. Diese Anstrengungen gelte es nun weiterzuführen.

Die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen der Krise auf die Unternehmen bleiben aber nach wie vor hoch.

Die Ankündigung der Regierung, die Kurzarbeiterregelung über 2020 hinaus bestehen zu lassen, wurde von der Handwerksorganisation begrüßt. Hier sei es wichtig, dass Unternehmen aus allen Sektoren, unter bestimmten Bedingungen, von der Maßnahme profitieren könnten.

Unternehmenshilfen weiterführen

Bedingt durch die hohen Kosten der Covid-Auflagen und durch sinkende Absätze haben zahlreiche, ansonsten gesunde, Unternehmen zurzeit Liquiditätsprobleme. Hier gilt es weiterhin gezielte finanzielle Unterstützungen bereit zu stellen, damit diese Unternehmen und ihre Beschäftigten diese Einbußen abfedern können.

Befristete Arbeitsverträge bis Ende 2021 verlängern

Angesichts der fehlenden Planungssicherheit für Unternehmen müsste die Regelung für befristete Arbeitsverträge gelockert werden, um bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu erhalten. Allgemein müsste es möglich sein, befristete Arbeitsverträge bis Ende 2021 zu verlängern.

Quarantäneregeln: Hohe Kosten und Organisationsprobleme

In der Praxis muss das Handwerk feststellen, dass Quarantänebestimmungen sehr restriktiv gehandhabt werden. Mitarbeiter, die in irgendeiner Form in Kontakt mit einem

Verdachtsfall waren, werden unter Quarantäne gestellt, ohne zu analysieren ob es sich dabei um einen Risikokontakt gehandelt hat oder nicht, so wie es im entsprechenden Gesetz vorgesehen ist. Laut der Fédération des Artisans müsste hier die geltenden Regelungen angewendet werden, dass bei Nicht-Risiko Kontakten zuerst eine „Selbstbeobachtungsphase“ gelten sollte ehe Mitarbeiter in Quarantäne geschickt werden.

Neben organisatorischen Problemen bedeutet die Handhabung der Quarantäneregelungen auch eine finanzielle Belastung für die Unternehmen. Zurzeit verzeichnen die Unternehmen 4-mal mehr quarantänebedingte Abwesenheiten als krankheitsbedingte Abwesenheiten. Hier fordert die Fédération des Artisans, dass die Lohnnebenkosten während der Quarantäne integral von den Sozialversicherungskassen übernommen werden.

Selbstständige und Arbeitnehmer gleich behandeln

Während der Coronakrise wurde es offensichtlich, dass Selbstständige gegenüber Arbeitnehmern im Bereich der Sozialversicherung wesentlich im Nachteil sind. Obwohl Selbstständige Versicherungsbeiträge zahlen, steht ihnen kein Lohnausgleich zur Verfügung, wie etwa das Kurzarbeitergeld für Arbeitnehmer. Hier müsse im Interesse der Selbstständigen nachgebessert werden.

Bedenklich findet die Fédération des Artisans auch den Umstand, dass Beschäftigte des Privatsektors während der Kurzarbeit 80 Prozent ihres Lohnes erhalten, während öffentliche Bedienstete mit 100 Prozent ihrer Bezüge einfach beurlaubt werden. Hier ist man der Ansicht, dass in solchen Krisenfällen keine Zweiklassengesellschaft schaffen sollte und jeder seinen Beitrag zu leisten hätte.

Möglichkeit ausstehende Sozialversicherungsbeiträge und Steuern in Raten abzuzahlen

Damit es nicht zu weiteren Liquiditätsproblemen bei den betroffenen Unternehmen kommt, müsse das Strecken der ausstehenden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, die während dem Lockdown aufgelaufen sind, möglich sein. Des Weiteren müssen diese Betriebe weiterhin die nötigen Zertifikate erhalten um an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können.

Sozialer Wohnungsbau: Privatinitiative mit einbeziehen, um kritische Masse zu erreichen

Beim sozialen Wohnungsbau bleibt die Regierung auf ausgetretenen Pfaden indem sie probiert mit immer mehr staatlicher Intervention den Mangel an erschwinglichem Wohnungsraum zu beheben, was offensichtlich seit 30 Jahren nicht gelingt.

In den Augen der Fédération des Artisans müsste man neben staatlichen Bauträgern auch private Initiativen miteinbeziehen, die unter klaren und transparenten

Bedingungen sozialen Wohnungsbau betreiben könnten um hier eine kritische Masse zu erreichen.

Klimapolitik und Bauschutt

Das Handwerk begrüßt die ambitionierte Klimapolitik der Regierung, wie z.B. die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bei der energetischen Sanierung. Ein weiteres konkretes Beispiel, wo die Regierung sehr schnell sehr viel im Interesse der nationalen Klimabilanz erreichen könnte ist der Bauschutt.

Wegen einer fehlenden nationalen Koordination und Planung funktionieren in absehbarer Zukunft landesweit nur noch eine größere Bauschuttdeponie in Colmar-Berg. Als Konsequenz muss Bauschutt aus dem ganzen Land auf diese eine Deponie transportiert werden, anstatt dass jede Region des Landes seine Bauschuttdeponie betreiben würde, wie es in der entsprechenden Planung auch vorgesehen sei. Heute entstehe durch Bauschutt-tourismus ein CO₂ Ausstoß, der dem jährlichen Ausstoß der Stadt Diekirch entspricht. Hier sind die zuständigen Ministerien gemeinsam mit den Gemeinden gefordert JETZT eine Lösung zu finden.

Unsere Forderungen im Überblick

- **Kurzarbeiterregelung über Dezember 2020 hinaus für alle Sektoren weiterführen**
- **Punktuelle Hilfen zur Verfügung stellen, um die Mehrkosten, die durch Corona-Auflagen entstehen und die Produktivitätsrückgänge, abzufedern.**
- **Quarantäneregelung so handhaben, wie es im Gesetz vorgesehen ist und die anfallenden Lohnnebenkosten über die Sozialversicherung begleichen**
- **Selbständige und Arbeitnehmer im Bereich der Sozialversicherung gleichstellen**
- **Private Bauträger endlich in den sozialen Wohnungsbau einbinden zu den gleichen Bedingungen wie die öffentlichen Bauträger**
- **Endlich eine nachhaltige Lösung im Bereich der Bauschuttproblematik herbeiführen.**